

# Briefe an die SÄZ



## Entsolidarisierung – wie weiter?

Als «Tritt in den Hintern» empfinde ich als Hausarzt die Referendumsdrohung der Spezialisten gegen die noch nicht einmal ausdiskutierte Form des Managed Care. Demokratische Entscheidungen sind zu respektieren, erlaubt ist aber, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. In der Minderheitsgruppe der Grundversorger haben wir seit Jahrzehnten Solidarität geübt mit der gesamten Ärzteschaft, oft mit der Faust im Sack die hohen Einkommen gewisser Spezialisten gesellschaftlich zu decken. Neben dem Gegenwind aus der Politik demaskiert sich nun der alte Konflikt in den eigenen Reihen.

Bedeutet die jetzige Entsolidarisierung der Spezialisten von uns, dass wir uns im Rahmen der «Hausärzte Schweiz» erst aus der FMH verabschieden müssen, um unsere Interessen gezielt vertreten zu können?

Wie in anderen Ländern mit selbstgemachtem Grundversorgermangel (Deutschland, Australien) wurde die Bedarfsplanung meines Erachtens von den Facharztgesellschaften versäumt, indem sie keine oder die falschen Signale der Politik vermittelt haben. Mitgetragen wurde eine Politik der Verhinderung und gemeinsam unbeirrt das Spiel des Numerus clausus zelebriert.

Es kann nicht sein, dass der bereits jetzt vorhandene Mangel an Hausärzten mit einem Referendum gegen Managed Care verstärkt wird, statt ihm entgegenzuwirken.

Managed Care mag nicht allein selig machend sein, bedeutet in der jetzigen Situation aber durchaus eine Stärkung von uns Grundversorgern, und das ohne unzumutbare Zuschläge für Versicherte, die dieses Modell nicht wünschen. Als Hausärzte spüren wir durchaus das Wohlwollen der Bevölkerung bzw. die Zustimmung unserer Patienten für die Stärkung der Hausarztmedizin.

Es braucht aber neue Anreize: Studienerleichterung, Tarifverbesserung, Unterstützung von Praxismodellen, um für junge Menschen, besonders auch für Frauen, unseren Beruf nachhaltig attraktiv zu machen.

Dass eine Förderung der HA-Medizin deshalb (und um nicht noch mehr Spezialisten zu produzieren) einer Lenkung bedarf, ist angesichts des heutigen perspektivlosen Desasters eine logische Folge. Und schon höre ich den alten, ewig gleichen Aufschrei gegen eine Staatsmedizin, die wir ja «light» mit Suva und indirekt via KK bereits haben, und, verglichen mit anderen Ländern, gar nicht so schlecht damit leben.

Der Ärztebedarf wird sich ebenso wenig von selbst regulieren, wie es der Finanzmarkt tut. Ausgleichende Regulierung ist aber unerlässlich in beiden Fällen. Unsere politische Meinung ist unerlässlich – aber zum richtigen Zeitpunkt.

*Dr. med. Walter Rüger, Oberstammheim*

## Briefe

Briefe sind grundsätzlich willkommen und können veröffentlicht werden, sofern sie sich inhaltlich und formal innerhalb der in unserem Kulturkreis üblichen Anstandsgrenzen bewegen, keine für die Redaktion erkennbaren Fehlinformationen enthalten und eine Länge von 2500 Zeichen nicht überschreiten. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Auswahl, Kürzungen und Bearbeitungen vorzunehmen. Seitens der Redaktion besteht keine Verpflichtung zur Publikation. Über Briefe wird in der Regel keine Korrespondenz geführt; ins-

besondere muss eine Nichtveröffentlichung nicht begründet werden. Von diesen Grundsätzen kann abgewichen werden, wenn dies der Redaktion angezeigt erscheint.

Das vollständige Manuskript ist an die folgende Adresse der Redaktion einzureichen, wenn möglich per E-Mail: Redaktion Schweizerische Ärztezeitung, EMH Schweizerischer Ärzteverlag AG, Farnsburgerstr. 8, 4132 Muttenz, Tel. 061 467 85 72, Fax 061 467 85 56, E-Mail: redaktion.saez@emh.ch.